

# Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **34 (1954-1955)**

Heft 4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Militärische Umschau

### *Ungerechtigkeiten im militärischen Beförderungssystem*

Während des Aktivdienstes hat man neben der Bedeutung des Einheitskommandanten auch diejenige des Bataillons- und Abteilungskommandanten in hohem Maße gewürdigt und anerkannt. Demgemäß sind denn auch diese Kommandanten nach einigen Jahren erfolgreicher Kommandoführung vom Major zum Oberstleutnant befördert worden. Leider kennt die geltende Beförderungsverordnung diese Möglichkeit nicht mehr in dieser allgemeinen, für jeden Bataillonskommandanten zugänglichen Form. Heute erfolgt die Beförderung eines Bataillonskommandanten zum Oberstleutnant erst nach Bestehen einer Zentralschule III, d. h. nur in jenen Fällen, in denen die Übertragung eines Regimentskommandos im Auszug oder in der Landwehr in Aussicht genommen ist. Die Kommandostellen von Auszugsregimentern werden aber fast ausschließlich mit Generalstabsoffizieren besetzt. Die wenigen Ausnahmen werden immer seltener und bestätigen nur die Regel. Auch bei den Landwehrregimentern halten die Kameraden aus dem Generalstabskorps ihren Einzug und stehen dort den Truppenoffizieren vor dem weiteren Aufstieg. Daß dadurch eine gewisse Rivalität entstehen kann, ist für unser Wehrwesen nicht von Vorteil.

Für den Truppenoffizier ist es heute schon schwer, das Kommando eines Bataillons oder einer Abteilung des Auszuges zu erhalten, indem bereits auf dieser Stufe die Berufs- und Generalstabsoffiziere immer mehr eine bevorzugte Rolle einnehmen. Einmal im Grade des Majors, muß der Truppenoffizier feststellen, wie seine Kameraden weiter die militärische Stufenleiter zu den Graden eines Oberstleutnants und Obersten und zur Stellung eines Regimentskommandanten hinaufsteigen, während er von unten zusehen darf, wie seine erhebliche Arbeit in und außer Dienst gewürdigt und verdankt wird. Die ausbleibende Beförderung eines Majors zum Oberstleutnant bedeutet aber auch eine Schädigung seiner Autorität, indem, in Unkenntnis des heutigen Beförderungssystems, sehr bald der Verdacht des Ungenügens und der Unfähigkeit auftaucht.

Wie lange heute die Beförderungsdienste für Truppenoffiziere in Schulen und Kursen dauern, dürfte allgemein bekannt sein. Jeder bringt dafür willig große Opfer an Zeit und Geld, aber wie bald kommt die Enttäuschung, wenn er den weiteren Aufstieg versperrt finden muß. Der Praktiker in der Truppenführung muß sich leider auch bei uns immer mehr zur Seite schieben lassen. Früher verlangte man von jedem Kommandanten zu den notwendigen militärischen Fähigkeiten, die übrigens zu einem großen Teil zu erlernen sind, auch noch erhebliche physische Qualitäten. Neben Reiten waren körperliche Ausdauer im Laufen, Skifahren, Bergsteigen, Schwimmen usw. ein unbedingtes Erfordernis. Besonders großen Wert legte man auf den persönlichen Kontakt mit der Truppe. Zudem war erwünscht, daß ein Wechsel in der Führung der Einheit und des Bataillons oder der Abteilung möglichst selten eintrat. Vom Kommandanten verlangte man, daß er an körperlicher Leistungsfähigkeit seiner Truppe mindestens ebenbürtig,

besser aber noch überlegen sei. Ist diese Auffassung heute überholt? Einst legte man auch großen Wert auf Offiziere, die in jeder Situation befähigt waren, ihre Truppe mitzureißen, sie zu begeistern, und die sie auch in Krisenlagen in der Hand behalten konnten. Es war daher für einen Kommandanten notwendig, seiner Aufgabe physisch, geistig und moralisch gewachsen zu sein.

Die Generalstabslaufbahn verlangt teilweise andere Begabungen. Schon verschiedentlich haben denn auch Hauptleute die Generalstabslaufbahn ergriffen, die wohl die nötigen militärischen Qualitäten aufwiesen, denen es aber am nötigen Verständnis für die Truppe mangelte. Allerdings sind dann auch diese Generalstäbler vorübergehend wieder zur Truppe zurückgekehrt, haben kurz ein Kommando bekleidet und sind hernach die Gradtreppe hinaufgestiegen, vorbei an ihren Kameraden, die auch ihre Pflicht erfüllen, aber dem Dienst bei der Truppe vor dem Dienst in einem Stab den Vorzug gaben. Ähnlich verhält es sich mit andern Offizieren der Stäbe, die zwar in längeren Zeitabständen befördert werden als die Truppenkommandanten und Generalstabsoffiziere, die aber, bei kürzeren Beförderungsdiensten und geringeren Anforderungen, bessere Beförderungsaussichten haben als die Truppenoffiziere.

Daß solche Verhältnisse mit der Zeit einer gewissen Verärgerung rufen, ist nicht zu verkennen. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß die aktiven Truppenkommandanten der Bataillone und Abteilungen nicht länger hintanstellen müssen, sondern daß man auch ihre Arbeit anerkennt und ihnen die Möglichkeit verschafft, wie ihre Kameraden vom Generalstab oder wie die Dienstchefs der Stäbe befördert zu werden. Wir stellen fest, daß ähnliche Probleme auch in andern Armeen einer Lösung harren und hoffen bestimmt, daß die «Randbemerkungen» in der Militärischen Umschau der Januarausgabe 1954 dieser Zeitschrift, S. 167: «Mahnworte amerikanischer Offiziere», auch bei uns an zuständiger Stelle gelesen werden und gebührende Beachtung finden. Wir dürfen nicht übersehen, daß auch bei uns ganz analoge Verhältnisse bestehen, die irgendwie einer Korrektur rufen.

Es scheint in unserer Milizarmee leider unumgänglich zu sein, daß auch das Vorhandensein gewisser Beziehungen bisweilen eine große Rolle spielt. Gelegentlich bleibt ein fähiger Offizier auf der Strecke und muß das Rennen aufgeben, weil er bei irgend einem Vorgesetzten nicht persona grata ist und ihm die maßgebenden Beziehungen fehlen. Es kommt auch vor, daß wegen eines kleinen, unbedeutenden militärischen Mißgeschicks rasch der Stab über einen Kommandanten gebrochen wird. Er wird dann irgendwie beiseite geschoben, und schon ist vergessen, was er in Hunderten von Diensttagen Positives geleistet hat. Hier können persönliche Verhältnisse, unberechtigte Antipathie und ungenügende Verbindungen eine Rolle spielen, die in unserer Armee überwunden werden sollte. Umgekehrt gelingt es gelegentlich Offizieren, die sich als Truppenkommandanten nur wenig betätigt oder nicht bewährt haben, dank ihren Beziehungen irgendwelche Funktionen in einem Truppen- oder Mobilmachungsstab zu erhalten und hier in Gradstufen aufzusteigen, die sie als Truppenkommandanten nicht erreichen könnten.

Wie in der amerikanischen Armee muß auch in unserem Milizheer das wichtige Problem der Truppenmoral, der Dienstauffassung, der Dienstfreude, des Dienstanzweizes, wie auch dasjenige der Führung aufs neue ins rechte Licht gerückt werden. Dazu kommt ferner die Schaffung der Disziplin und die Kunst des Hineinsehens in die Seele des Soldaten. Wir glauben daher, daß es an der Zeit wäre, die Truppenkommandanten nach Möglichkeit von administrativen Aufgaben zu entlasten und ihnen für ihre außergewöhnliche Arbeit gelegentlich etwas mehr Anerkennung zu zollen. Statt der Belastung durch Programme und Detailbefehle, welche die Kommandanten in ihrer eigentlichen Aufgabe einengen und sie ihr entfremden, gebe man ihnen besser mehr Freiheit, Vertrauen, Wohlwollen und bezeuge ihnen gegenüber den guten Willen, einige offensichtliche Ungerechtigkeiten auszumerzen. Es dürfte für unser Volksheer kaum tragbar sein, künftig die

Truppenkommandanten in drei Kategorien: Berufsoffiziere, Generalstabsoffiziere und Truppenoffiziere einzuteilen, mit Zuerkennung besonderer Vorrechte der beiden ersten Kategorien gegenüber den Truppenoffizieren. Es sollten vielmehr alle drei Kategorien gleichberechtigt sein. Da rein zahlenmäßig die Truppenoffiziere die größte Kategorie bilden, sind sie auch bei der Besetzung von Kommandostellen vom Bataillon an aufwärts entsprechend zu berücksichtigen und in der Beförderungsskala einzuordnen. Wir dürfen auch in der Armee unsere demokratischen Einrichtungen und eine angemessene Gleichberechtigung nicht verleugnen. Jede Dienstleistung ist für Truppe und Führer Vorbereitung für den Krieg, Training für den bitteren Ernst. Sicher brauchen darum auch wir in der Führung der Einheiten, Bataillone, Abteilungen und Regimenter Praktiker, die improvisieren und kritische Lagen überlegen meistern können. Mit großer Wahrscheinlichkeit versagen im Ernstfall die stets an ein Detailprogramm gebundenen Schemamenschen. Wir müssen doch gestehen, daß wir an einer akuten Programm-Manie leiden. Ist es nicht ungerecht, einem Truppenkommandanten einen ungenügenden Ausbildungsstand seiner Truppe vorzuwerfen, wenn man ihm zu wenig Zeit für die Ausbildung seiner Einheit läßt? Inspektionen und Besichtigungen nehmen verschiedentlich den Bataillons- oder Abteilungskommandanten zu oft in Anspruch, so daß er sich zu wenig der Ausbildung und Koordination seiner Einheiten widmen kann.

Wir wollen nicht weiter auf verschiedene Anordnungen in der einen oder andern Heeresinheit, auf die Formulierung und Bekanntgabe von Qualifikationen der Offiziere, auf Art und Weise von Übungsbesprechungen und Kritik an Truppenkommandanten eintreten. Es muß aber das Bestreben der Kommandanten aller Grade wie auch der Offiziere in den Stäben sein, sich allgemein mit mehr gegenseitigem Verständnis zu begegnen. Es soll nicht wegen jeder Friktion oder Kleinigkeit sofort ein Schuldiger gesucht, ein Sündenbock bezeichnet und ein Exempel statuiert werden. Der Blick ist viel mehr auf das Wesentliche zu richten. Militärdienst heißt dienen an Land und Volk, für den Offizier auch gegenüber seiner Truppe. Das nützt mehr, als erledigte Geschichten des einen oder andern erneut aufzurollen und wieder ans Tageslicht zu ziehen. Die internen, persönlichen und personellen Probleme verdienen bei uns, neben einer guten Ausbildung und einer vorzüglichen Bewaffnung, überall erhöhte Aufmerksamkeit.

*Sirius*

## Bericht aus Paris

### *Asien erwacht*

Ein Wort, ein einziges, drückt heute Frankreichs ganze Angst und Unruhe aus und bestätigt gleichzeitig in furchtbarer Weise Mao Tse-Tungs Exposé, das Senator Knowland in den Vereinigten Staaten veröffentlicht hat: Dien-Bien-Phu. Dieser von nun an berühmte tonkinesische Name bezeichnet nicht nur eine heroische Episode, würdig der größten historischen Erinnerungen; er bedeutet ebenso, das muß zugegeben werden, eine schwere Schlappe für den Westen. Der Bericht Knowland verheißt schon für 1960 die Kommunistisierung ganz Asiens; 1965 soll Afrika an die Reihe kommen; und es sei vorauszusehen, daß die kommunistischen Mächte nach weiteren fünf Jahren ihre Gesetze dem ganzen Erdkreis vorschreiben werden. Was immer an diesen kühnen Voraussagen stimmen oder nicht stimmen möge, eine Behauptung scheint sich bereits zu erfüllen: Asien dringt vor und Europa weicht zurück. Wenn wir auch nur um fünf Jahre rückwärts denken, müssen wir heute ungeheure Fortschritte des Kommunismus in Asien feststellen. Mao Tse-Tungs Autorität und sein Regiment werden von keiner Seite her mehr

angefochten. Vielmehr räumt man dem Oberhaupt der chinesischen Volksrepublik versöhnliche Absichten ein, als ob der chinesische Imperialismus den Vietnam, die Staaten Kambodscha und Laos nicht bedrohte, deren Unterdrücker das Reich der Mitte ja schon von jeher war. Indessen äußert man in unterrichteten Kreisen Frankreichs die Überzeugung, daß Moskau sich schon jetzt von Pekings allzu raschen Fortschritten beunruhigt zeigt. Diese von der Pariser Presse eifertig verbreitete Meinung ließe in der Tat den Schluß zu, Mao Tse-Tung verrate mit der Annahme der materiellen Hilfe von England und Amerika zum Aufbau seiner Industrie und seiner Landwirtschaft die geheime Hoffnung, eines Tages von Moskau loszukommen. Eine so optimistische Auffassung scheint freilich weit eher eine Selbsttäuschung widerzuspiegeln, wie sie Personen unterläuft, die dazu neigen, ihren Wunsch gleich als erfüllte Wirklichkeit anzusehen. Es ist natürlich möglich, daß China, von seinen Erfolgen berauscht, eines Tages versucht, seine Überlegenheit auf dem ganzen asiatischen Kontinent, aus welchem es dann die Russen verdrängen würde, zur Geltung zu bringen; wer aber kann sagen, ob es heute schon so weit ist?

Vor kurzem aus Peking zurückgekehrte Beobachter versichern im Gegenteil, daß der Warenaustausch zwischen dem Osten und dem Westen, von dem man in der letzten Zeit in Genf so viel gesprochen hat, durch die kommunistischen Regierungen nur genau so weit begünstigt werde, als er helfe, die Entwicklung der revolutionären Macht im Kampfe gegen die freie Welt zu beschleunigen. In Wirklichkeit wohnen wir einem durch die Sowjetpolitik hervorgerufenen Erwachen Asiens bei, das Moskau eifersüchtig unter Kontrolle hält. Alles wird aufgeboten, um die Kräfte des Widerstandes gegen den Kommunismus lahmzulegen. Wer Moskaus Machenschaften und ihre Wirkung auf die französische öffentliche Meinung beobachtet, dem wird es klar, daß Rußland mit allen Mitteln versucht, Frankreich vom Atlantikpakt und von der Verpflichtung zur Solidarität gegenüber seinen Verbündeten abzuziehen. Peking hat soeben einen Fünfjahresplan aufgestellt. Mit diesem schlägt die chinesische kommunistische Partei einen Weg ein, auf dem ein Zurück nicht möglich ist; denn der Waffenkrieg, den sie predigt — sie hat ihn immer gepredigt —, würde seinen Sinn verlieren, sobald er nicht mehr dem Aufbau des Sozialismus, wie ihn die Volksdemokratien verstehen, diene. Daher wäre es nur von Vorteil, diesseits des Eisernen Vorhangs die Warnung zu beherzigen, mit welcher Robert Magnenois seine jüngst im «Le Monde» erschienene scharfsinnige Studie über China abschließt: «Chinas Zukunft hängt schon nicht mehr von Mao Tse-Tung, nicht mehr von der chinesischen kommunistischen Partei ab; sein Schicksal ist fortan über die bestehenden Möglichkeiten hinaus in den erbarmungslosen Kampf einbezogen, den der Marxismus-Leninismus den westlichen Demokratien liefert. Mao Tse-Tung und die chinesische kommunistische Partei mögen sich versucht fühlen, aus dem kommunistischen Block auszubrechen, doch wir wissen, daß ein solches Unternehmen für sie viel schwieriger auszuführen wäre als ein Selbstmord, denn einem kommunistischen Führer bieten sich keine Möglichkeiten, Ableitungstendenzen zu verwirklichen.»

#### *Unveränderte Ziele des Kommunismus*

Der taktischen Vorteile, welche die französische kommunistische Partei in ihrem dauernden Anpassungsstreben errungen hat, sind unzählige. Vor allem hört sie nachgerade auf, Angst einzuflößen. Auch dient der nationale Anstrich, den sie sich gibt, ihren Plänen. Und der Krieg in Indochina, in dem sie sich zur Verfechterin des Friedens aufgeworfen hat, woran Maurice Thorez am letzten Parteitag erneut erinnerte, liefert beste Gelegenheiten zu guten Zensuren. Das Ziel ist immer dasselbe. Es handelt sich nach dem Wunsche der USSR darum, den französischen Widerstandswillen zu schwächen, Europas Kraft zu brechen und

es aus Asien zu verdrängen. Die dem sowjetischen Joch unterworfenen Länder des Fernen Ostens sollen dadurch zu Satellitenstaaten herabsinken, wie es mit Indochina ohne den entschlossenen Einsatz Frankreichs schon längst geschehen wäre, wie es mit allen osteuropäischen Ländern unter russischem Druck schon längst geschehen ist.

Neuerdings hat die französische Regierung General Ely mit der Doppelfunktion eines Oberkommandierenden und eines Hochkommissars in Indochina betraut; die von General Ely getroffenen strategischen Maßnahmen befinden sich auf dem Wege der Verwirklichung und bezwecken, Hanoi, diesen Schlüssel zum tonkinesischen Delta und Angelpunkt der jetzigen Lage in Südostasien, zu schützen. Selbst England, so sehr es bekanntlich wünscht, dem kommunistischen China einen Platz in den Vereinigten Nationen angewiesen zu sehen, kann darüber natürlich nicht vergessen, daß Laos und Kambodscha ein Bollwerk für Burma und die britischen Besitzungen in den Malaienstaaten sind. Militärische Experten halten dafür, daß sich eine neue, viel schwerere Krise als Dien-Bien-Phu vorbereitet. Sollte alles erwartungsgemäß verlaufen, so wird sich die akute Frage nach einem amerikanischen Eingreifen in den indochinesischen Konflikt stellen, und Frankreich wird wieder einmal vor dem tragischen Dilemma des Beitritts zur EVG stehen, der nach dem Willen John Foster Dulles' nun ohne Aufschub ratifiziert werden muß, da Amerika in dieser Ratifikation die unabdingbare Voraussetzung zur westlichen Einigkeit erblickt.

#### *Freunde der EVG*

Zwei Kongresse, nämlich die Tagung der Sozialisten und diejenige der Volkrepublikaner, haben einiges Licht auf die Bereitschaft dieser Parteien in bezug auf die Europäische Verteidigungsgemeinschaft geworfen. In dieser Frage, die Frankreichs Zukunft zwar festlegen, es jedoch nicht einengen wird, stimmen sie überein. Ist auch das Schicksal der europäischen Armee noch ungewiß — dem Prinzip einer deutschen Wiederaufrüstung hat sich unter den Sozialisten niemand entgegengesetzt. Es ist darum wünschenswert, daß die Führer der SFIO sowie diejenigen des MRP die ursprüngliche Konzeption über die Aufstellung der Europa-Armee nicht mit überbetontem Eigensinn unter Ausschluß jeder anderen Formulierung beizubehalten versuchen. Denn es ließe sich gewiß eine geschmeidigere, von der großen Mehrheit des Landes leichter anzunehmende Fassung finden, die — mit den nötigen Anpassungen — zur Anerkennung einer der NATO (Formel Weygand) angeschlossenen nationalen deutschen Armee führen könnte. Diese Entwicklung wird von der öffentlichen Meinung gewünscht, welche sich des Ernstes der Stunde bewußt ist; kompliziert sich die Lage doch überflüssigerweise noch weiter durch die Zusammenhangslosigkeit der Parlamentsdebatten, die der Minister des Äußeren bei seiner Rückkehr aus Genf schwer gerügt hat. Der gaullistische Zerfall, aus dem das MRP seinen Vorteil zu ziehen weiß (während die Gruppe der Unabhängigen das ganze Gewicht der Unbeliebtheit, deren die Regierung sich ungerne erfreut, zu tragen hat), verstärkt die Stellung von Georges Bidault, des eifrigen Anhängers der EVG. Man beglückwünscht sich zu der Festigkeit, mit welcher er in Genf bei den Verhandlungen über Indochina nicht nur die französische, sondern die westliche Stellungnahme überhaupt verteidigt hat. Bedauerlich ist einzig, daß so viele Bemühungen erforderlich waren, um das Land vor einer Überrennung seiner Außenpolitik — diesem eigentlichen Ziele der Gegner der Atlantischen Allianz — zu schützen.

#### *Drohende Krise im Innern*

So durchschneidet das Staatsschiff mühselig die unruhigen Fluten, ängstlich bekannte Klippen umfahrend. Mendès-France, der Georges Bidaults Politik in unversöhnlicher Anklage angreift, bleibt Kandidat für die Nachfolge des Prä-

sidenten Laniel. In Mendès-France verkörpert, genießt im Parlament der immer kühner werdende Vorstoß der Progressisten und Neutralisten die Unterstützung der Gaullisten, die Unterstützung ansehnlicher Teile der Sozialisten und der — Kommunisten. Widersprüchlicher und nicht sehr aussichtsreicher Annäherungsversuch! Da die Nationalversammlung der Regierung mit 306 gegen 293 Stimmen ihr Vertrauen entzogen hat, ist die Krise ausgebrochen. Welches auch ihr Ausgang sei, das Land wünscht einen fähigen Staatschef, eine bewährte Führerschaft, die erreichbare Ziele anstreben und vor allem eine Wahlreform beschließen, deren Dringlichkeit eingesehen wird. Die Radikalen verlangen einstimmig die Rückkehr zur Einzelwahl mit zwei Wahlgängen. Zwischen mehreren majoritären Systemen zu schwanken, ist niemandem verwehrt; allein wer ein Gefühl für das Wohl der Allgemeinheit hat, wird fordern, daß man die Gewählten den Parteien entreiße und ihren Wählern zurückgebe, damit sie die verlorene Unabhängigkeit und gleichzeitig den Sinn für ihre Verantwortung gegenüber der Nation wiederfinden.

*Jean de Saint-Chamant*

## Bericht aus der Türkei

Als im Mai 1950 die damalige Oppositionspartei — die der Demokraten — einen in diesem Ausmaß auch für sie überraschend großen Wahlsieg über die Volkspartei errang, die seit Gründung der Republik (1923) ständig an der Macht gewesen war, kam in diesem Ergebnis eine Unzufriedenheit speziell mit gewissen innen- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen der volksparteilichen Regierungen, vor allem: der Wunsch zum Ausdruck, an die Stelle des bis dahin herrschenden Zustandes einer Art von «aufgeklärtem Absolutismus» einen solchen realer Demokratie treten zu lassen und die etatistische Wirtschaftspolitik durch eine liberale zu ersetzen. Man kann, wenn man die Bilanz der vierjährigen Regierungszeit der Demokraten zieht, nur mit vielen Vorbehalten sagen, daß es ihnen gelungen sei, jene Ziele zu verwirklichen; so atmete das Gesetz, das den gesamten beweglichen und unbeweglichen Besitz der Volkspartei entschädigungslos enteignete, alles andere denn demokratischen Geist, und über die Fehler der Wirtschaftspolitik wird weiter unten noch zu sprechen sein.

Dennoch haben die vor wenigen Wochen erfolgten

### *Neuwahlen*

nicht nur mit einem eindrucksvollen Vertrauensvotum für das Kabinett *Menderes* geendet, sondern dessen parlamentarische Position noch weiter verstärkt. In der Tat stehen nun den mit 5,3 Millionen Stimmen gewählten mehr als 500 demokratischen Abgeordneten nur rund 30 Volksparteiler gegenüber, zu denen noch eine Handvoll Abgeordnete der Republikanischen Nationalpartei als weitere Oppositionsvertreter hinzukommt. Die Demokraten verfügen also über eine 90% aller Sitze übersteigende gewaltige Majorität, und sie haben diese bei einer Wahlbeteiligung von nahezu 89% erlangt. Es bedeutet keine Verkleinerung dieses Wahlsiegs, wenn man hinzufügt, daß dank den Eigenarten des türkischen Wahlsystems der Anteil der Demokraten an der Zahl der abgegebenen Stimmen nur 58,4% ausmachte und die Volksparteiler, die rund 6% aller Mandate erhielten, immerhin über 35% aller Stimmen auf sich vereinigen konnten.

Fragt man nach den Gründen dieses Wahlausgangs, so ist namentlich auf die unbestreitbaren außenpolitischen Erfolge der Regierung *Menderes* sowie auf die Tatsache hinzuweisen, daß die Demokratische Partei sich *in erster Linie auf die Bauern stützt*, die immer noch mehr als  $\frac{3}{4}$  der Gesamtbevölkerung ausmachen

und von der in vieler Hinsicht recht einseitigen Wirtschaftspolitik der letzten Jahre in beachtlichem Umfange profitiert haben. Dagegen dürften sich die knapp 4 Millionen Wähler, die Oppositionsparteien ihre Stimme gaben, namentlich aus Kreisen der Intellektuellen und Teilen der Beamtenschaft rekrutiert haben, vor allem solchen Personen, denen die Kulturpolitik der Demokraten in vieler Beziehung (so etwa gegenüber religiösen Einflüssen) als reaktionär und daher unvereinbar mit den Grundsätzen des Kemalismus erscheint.

Das neue Parlament trat erstmals in der zweiten Maihälfte zusammen. Es schritt zunächst zur *Wiederwahl des bisherigen Staatspräsidenten Celal Bayar*, des Gründers der Demokratischen Partei, der sich über deren Mitglieder hinaus in weitesten Kreisen der Bevölkerung warmer Sympathie erfreut und in seiner Person eine Garantie dafür bietet, daß jedenfalls der Kurs der bisherigen Außenpolitik auch in Zukunft weitergesteuert werden wird. Es folgte der formelle Rücktritt der Regierung *Menderes*, deren Chef erwartungsgemäß alsbald mit der *Neubildung des Kabinetts* betraut wurde und dabei Gelegenheit nahm, *einige Ministerien umzubesetzen und die Leiter anderer auszuwechseln*. Die politisch wichtigsten Mitglieder der alten Regierung: der Außenminister Prof. *Fuad Köprülü* und der Finanzminister *Hasan Polatkan*, behielten, ebenso wie fünf weitere Minister, ihre Posten bei; unter den sieben neuen Kabinettsmitgliedern befindet sich u. a. Dr. *Behçet Uz*, der früher bereits in volksparteilichen Regierungen eine Rolle spielte, als tüchtiger Hygienepraktiker gilt, nunmehr das Gesundheitsministerium übernahm und erst nach der Wahl, die ihm als «Unabhängiger» einen Parlamentssitz verschaffte, in die Demokratische Partei eintrat. Der bisherige Wirtschaftsminister Prof. *Fethi Celikbas* wurde zum Minister für Staatsbetriebe ernannt, das Wirtschaftsministerium *Sitki Yircali* übertragen. Es dürfte kein Zufall sein, daß, nachdem schon während der Amtszeit des ersten Kabinetts *Menderes* sich ein mehrfacher Wechsel in der Leitung der Wirtschaftspolitik aufzwingen, nun abermals ein Revirement eingetreten ist; denn während Außen- und Finanzpolitik sich materiell wie personell durch eine beachtliche Stabilität auszeichnen, weist die Wirtschaftspolitik alles andere als eine rationale, konsequent verfolgte Linie auf, und jeder Versuch, eine solche gegenüber einseitigen Interessentenwünschen, speziell der Landwirtschaft, durchzusetzen (das bedeutsamste Beispiel des Scheiterns solcher Bemühungen bildete die relativ kurzfristige Tätigkeit des früheren Ministers Prof. *Muhlis Ete*), stieß auf Einsprüche des Regierungschefs.

Was die

#### *Außenpolitik*

anlangt, so kann das Kabinett *Menderes* mit Recht für sich in Anspruch nehmen, das weltpolitische Ansehen der Türkei im Laufe seiner Regierungszeit beträchtlich erhöht zu haben. Schon eine seiner ersten Handlungen auf diesem Gebiete: die *Entsendung von Truppen nach Korea*, die dort die traditionellen Qualitäten des türkischen Heeres erneut unter Beweis stellten, führte im Zusammenwirken mit der vollkommen eindeutigen Haltung Rußland gegenüber dazu, daß die Westmächte, vor allem die Vereinigten Staaten, in der Türkei einen politisch wie strategisch höchst bedeutsamen Faktor im großen weltpolitischen Spiel erblickten und dem Lande daher eine absolut wie relativ beachtliche ökonomische und militärische Hilfe zuteil werden ließen. Ungeachtet starker Widerstände, die sich zunächst gegenüber dem Bestreben, in den Atlantikpakt aufgenommen zu werden, geltend machten, gelang es der Türkei, ihren Wunsch durchzusetzen, und in neuester Zeit ist unter Billigung, wo nicht Förderung, der angelsächsischen Staaten ein *Pakt zwischen der Türkei, Griechenland und Jugoslawien* abgeschlossen worden. Diese Vereinbarung, zunächst als bloßes politisches Freundschaftsbündnis abgeschlossen, dürfte sich in Richtung auf einen veritablen Militärpakt hin weiter-



entwickeln. Italien, das diese Entwicklung zunächst mit einiger Besorgnis beobachtet hatte, scheint durch beruhigende Zusicherungen der Beteiligten davon abgebracht worden zu sein, Widerspruch zu erheben. Ihre Krönung aber erfuhr die türkische Außenpolitik der Westorientierung gelegentlich des ausgedehnten Besuchs, den Präsident *Celal Bayar* im Frühjahr den Vereinigten Staaten abstattete; der überaus herzliche Empfang, der dem Staatsoberhaupt der Republik dort zuteil wurde, hat nicht nur dem türkischen Selbstbewußtsein wohlgetan, sondern war sicher auch Ausdruck des Wunsches der USA, das Land, das dank seiner geographischen Schlüsselposition und seiner unbedingten politisch-militärischen Verteidigungsbereitschaft einen der wichtigsten Stützpfiler des amerikanischen Defensivsystems bildet, noch enger als bisher an sich zu binden. Ob dieser Besuch sowie der des Ministerpräsidenten *Menderes* vom Juni d. J. zu konkreten politischen oder wirtschaftlichen Abmachungen geführt hat, ist zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht bekannt.

Stellt sich nach allem die neuere türkische Außenpolitik (über deren Grundzüge sich übrigens Regierung und Opposition vollkommen einig sind) als eine Reihe unablässiger, beachtlicher Erfolge dar, so steht es, wie schon angedeutet, anders um die

#### *Wirtschaftspolitik.*

Sehr bald zeigte sich, daß die vor vier Jahren in Wahl- und Regierungsprogrammen von den Demokraten versprochene *Liberalisierung sich faktisch nicht durchsetzen ließ*. Weder gelang die Privatisierung der Staatsbetriebe, noch auch eine Lockerung der Außenhandels- und Devisenbeschränkungen. Unbestreitbar hat sich dagegen eine *bedeutsame Entwicklung der Landwirtschaft* vollzogen. Diese Entwicklung, die u. a. in einer relativ außerordentlich starken Erhöhung der Baumwoll- und namentlich der Weizenerzeugung zum Ausdruck kam und zu einer bedeutsamen Umgestaltung der türkischen Exportstruktur führte, erklärt sich aus einer — weitgehend mit amerikanischer Hilfe bewirkten — Maschinisierung großer Teile der Landwirtschaft sowie einer diese stark begünstigenden subventionistischen Preis- und Steuerpolitik. Obwohl aber auf diese Weise die für den Export verfügbaren Mengen wichtiger Agrarerzeugnisse wuchsen, begegnete deren Absatz sowohl wegen Qualitätsmängeln als auch wegen überhöhter Preise Schwierigkeiten. Da man überdies das — an sich durchaus vernünftige — Investitionsprogramm überstürzt durchzuführen versuchte, was eine erhebliche Einfuhrsteigerung mit sich brachte, ergaben sich *wachsende Fehlbeträge der Handels- und Zahlungsbilanz* einerseits, eine durch *inflatatorische Finanzierungsmethoden* verursachte ständige Erhöhung des inneren Preisniveaus sowie eine Senkung des Außenwerts der türkischen Währung andererseits. Grob gesprochen, stiegen Großhandels- und Lebenshaltungsindex im Laufe der letzten drei, vier Jahre um 25 bis 30%, und der «freie» Kurs des Schweizerfrankens beträgt gegenwärtig etwa 1,42 Türkipfund, gegenüber einer offiziellen Parität von 0,64 Türkipfund. Abgesehen von einer wachsenden Verschuldung, so etwa im Rahmen der EZU, hat diese Entwicklung zu einer ständigen *Verschärfung der Devisenrestriktionsmaßnahmen* sowie neustens zu einer starken *Erhöhung des Zollschatzes* geführt (der Übergang vom Gewichtszum Wertzollsystem bedeutet in vielen, wenn nicht den meisten Fällen eine Verdoppelung der bisherigen Zollbelastung, was eine Tendenz zu weiterer Preissteigerung einschließt). Alle Maßnahmen, die bislang zur Bekämpfung der Inflationsgefahr ergriffen wurden, trugen Palliativmittelcharakter; dazu ist auch die *Errichtung einer Migrosorganisation* in Istanbul zu rechnen, die nach Plänen und unter Mitwirkung von *Duttweiler* vor kurzem beschlossen wurde und in den nächsten Monaten in Tätigkeit treten soll. Wenn die inflatorischen Finanzierungsmethoden fortgesetzt werden, hilft offensichtlich weder eine Rationalisierung des Warenverteilungsapparats noch die Anwendung von Preiskontroll- und -fixierungs-

maßnahmen, von deren Unwirksamkeit man sich schon während des letzten Kriegs hinreichend überzeugen konnte, und auch die kurz vor den Wahlen vorgenommene Erhöhung der Beamtengehälter ist unter den geschilderten Umständen von problematischem Werte.

Es steht zu vermuten, daß die akuten Schwierigkeiten wenigstens zu einem erheblichen Teil durch weitere amerikanische Hilfen und Kredite von anderer Seite überwunden werden können. In diesem Zusammenhang ist etwa zu erwähnen, daß die Deutsche Bundesrepublik vor kurzem der Türkei einen 150-Millionen-Dollar-Kredit eröffnet hat; dieser Kredit war wohl die unumgängliche Voraussetzung dafür, daß der deutsche Exporteur seine in den letzten Jahren wiedererrungene Vormachtstellung auf dem türkischen Markte aufrechterhalten kann. Eine dauerhafte Gesundung der Währungs- und Außenhandelsverhältnisse aber würde voraussetzen, daß die Regierung Schluß macht mit der hauptsächlich durch die verlustreiche subventionistische Getreidepolitik des «Amtes für Bodenerzeugnisse» erzwungenen Inflationspolitik und sich dazu entschließt, die Einfuhr von Investitionsgütern an den *marktwirtschaftlich* gegebenen Exportmöglichkeiten auszurichten. Der bisher befolgte Weg, so hieß es zutreffend in einem Aufsatz, der Anfang Mai von sachverständiger Seite im «Cumhuriyet» veröffentlicht wurde, bestand dagegen darin, «inmitten der Inflation das Vorhandensein einer Inflation zu leugnen».

## Bericht aus Washington

Als vor vier Jahren die Kommunisten in Korea die freie Welt herausforderten, wurde sie in ihrem kraftvollen Verteidigungskampf für die Freiheit von den USA angeführt. Diese bestätigten damit ihre Führerschaft, deren Last sie im 20. Jahrhundert zu tragen haben. Heute, am Jahrestag jenes bedeutsamen Ereignisses, steht die freie Welt einer neuen Krise in Asien gegenüber. Diesmal ist sie aber geteilt und unsicher, und die USA befinden sich, im Hinblick auf ihre eigene Politik, in einem Zustand der Verwirrung und Unentschlossenheit. Es besteht augenblicklich keine Gewißheit, welchen Kurs die amerikanische Politik einschlagen wird (oder wohin sie getrieben wird), dagegen liegen verschiedene Anzeichen kommender Ereignisse vor; einige sind höchst beunruhigend.

### *Gemeinsames Vorgehen und Intervention*

Die Regierung Eisenhower hat über eine mögliche Intervention in Südostasien im Sinne eines «gemeinsamen Vorgehens» diskutiert. Diese Worte haben für verschiedene Personen in Washington eine verschiedene Bedeutung. Für die Parlamentarier ist ihr Sinn der, daß sich das Geschehen in Korea keinesfalls wiederholen darf, woselbst über 90% aller nicht-koreanischen Verluste auf die Amerikaner entfielen und tatsächlich die gesamte finanzielle Belastung durch den Krieg dem amerikanischen Steuerzahler aufgebürdet worden ist. Einige militärische Führer deuten die Worte so, daß die USA Schiffe und Flugzeuge und die asiatischen Völker die Erdtruppen liefern würden. Wieder andere, sowohl militärische als politische Führer, die feststellen, daß die rote Flut jetzt eingedämmt werden müsse, koste es was es wolle, verstehen darunter irgendeinen, wenn auch noch so dünnen Schleier gemeinsamen Handelns, welcher eine massive amerikanische Intervention decken würde. Auch der Begriff «Intervention» hat für verschiedene Leute eine verschiedene Bedeutung, selbst im Kreise militärischer Führer. Selbst heute noch, da Hanoi unmittelbar bedroht ist und der Verlust von Dien Bien Phu eine Welle von Defaitismus über ganz Indochina getrieben hat, möchten

einige eingreifen, um zu versuchen, die Lage in diesem Gebiete zu retten. Für andere wiederum bedeutet «Intervention» Kampf oder Kampfansage um Südostasien, aber nicht in Südostasien selbst. Diese Gruppe ist der Ansicht, daß man mit der Entsendung amerikanischer oder anderer westlicher Streitkräfte in den asiatischen Dschungel Peking und Moskau in die Hand spielen würde. Ihrer Meinung nach wäre es besser, jenen den Fehdehandschuh hinzuwerfen, welche die kommunistische Welt dirigieren — den Männern in Peking und im Kreml.

### *Komplikationen*

Während die militärischen und politischen Führer der Regierung die geschilderten und ähnliche andere Probleme besprechen, gibt es noch andere Faktoren, die ihrer Natur nach sehr verschieden sind und die Lage noch weiter komplizieren: einmal zeigt das amerikanische Volk im ganzen keine Lust zum Krieg, sei es um einen Kampf wie in Korea, oder um ein größeres Unternehmen. Eisenhowers Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Korea (der sich vielleicht als großer strategischer Irrtum erweisen wird) bedeuten im Volksempfinden die größte Leistung seiner Regierungszeit. Jeder neue Krieg, welcher nicht die Folge eines direkten Angriffs auf die USA wäre, würde alle Sympathien zerstören und unserem sonst schon arg bedrängten Präsidenten die Unterstützung des Volkes weitgehend entziehen. Außerdem stehen wir im Jahre der Kongreßwahlen, und die Amtshungrigen wissen sehr wohl, wie die Stimmung beim Durchschnittswähler ist. — Sodann hat die politische Krise in Frankreich auch allen denen, welche die Tatsache bisher noch nicht erkannt hatten, klar gezeigt, daß Frankreich ganz einfach außerstande ist, die ihm zugemutete Bürde zu tragen. Nicht nur im Hinblick auf Asien, sondern auch im Hinblick auf Europa und die EVG sieht Washington endlich ein, daß es die Hoffnung aufgeben muß, die Franzosen würden schon noch dies oder jenes leisten. Es muß lernen, die wirklichen Grenzen dessen zu erkennen, was Frankreich auf dem Felde der Zusammenarbeit zu leisten willens und imstande ist. — Schließlich ist heute die anglo-amerikanische Verbindung eine höchst unglückliche Ehe, und hier liegt vielleicht die größte Gefahr. Es wäre zwar übertrieben, von drohender Scheidung zu sprechen, aber fruchtbare Zusammenarbeit fehlt heute mehr als zu irgendeiner Zeit der neuesten Geschichte. In Wirklichkeit kann man in Washington eine beunruhigende Anglophobie feststellen. Die amerikanischen Regierungsbeamten können ihren Ärger über Londons Widerstreben, nach der Washingtoner Flöte zu tanzen, nur schlecht verhehlen.

### *Blick in die Zukunft*

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, wird die gesamte Lage von Eisenhower, Churchill, Eden und Dulles gründlich überprüft und durchbesprochen worden sein. Man darf hoffen, daß Fortschritte gemacht werden, obwohl man hier das Gefühl hat, die Lage könnte sich leicht noch verschlimmern, bevor eine Wendung zum Besseren eintritt.

Was wird die Zukunft in Asien wohl bringen? Ein kurzer Überblick über die verschiedenen Gesichtspunkte, von denen man in Washington hört, ist wohl aufschlußreich: ein umfassender kommunistischer Vorstoß gegen Hanoi, der vielleicht die Überreste des französischen Expeditionskorps bedrohen würde, könnte immer noch die direkte militärische Intervention zur Folge haben. Sollten sich die Ereignisse in dieser Weise entwickeln, wobei wiederum «das gemeinsame Vorgehen» wahrscheinlich eine Voraussetzung wäre, würde diese Intervention anfänglich wohl die Form von Luftangriffen und Kämpfen zur See annehmen. Erdtruppen in bescheidenem Umfange kämen vielleicht auch zum Einsatz, obwohl die militärischen Führer in Washington darin einig sind, daß der Einsatz großer west-

licher Armeen ein Fehler wäre. Eine solche Intervention wäre örtlich beschränkt. Sollte hingegen Rotchina mit Luft- und Erdstreitkräften zurückschlagen, würde ohne Zögern die Vergeltung China direkt treffen. Die Truppen der USA werden nicht wieder, wie in Korea, unter Einschränkung in den Kampf geschickt werden. — Washington wird die größten Anstrengungen machen, eine Defensiv-Allianz in Südostasien zu schaffen, die der NATO in Europa verglichen werden kann. Auch wenn es in Indochina zu einem Waffenstillstand kommen sollte, selbst wenn das ganze Gebiet, oder ein Teil davon, an die Kommunisten verlorengeht, soll diese Defensiv-Allianz geschaffen werden. Sie darf natürlich umfangreichere amerikanische Hilfe, einschließlich Geld, Material und militärische Beratung, erwarten.

Die gegenwärtige Lage könnte sich auch verschlechtern und in einen weltweiten Krieg übergehen. Gewisse amerikanische Führer sind der Ansicht, daß ein weiteres Übergreifen des Kommunismus einfach nicht geduldet werden darf, daß mit oder ohne Verbündete die USA in ihrem ureigensten Interesse Moskau klarmachen müssen:

*bis hierher und nicht weiter!*

Diese Einstellung basiert auf der bedeutsamen Tatsache, daß heute fraglos die USA über eine Militärmacht verfügen, der keine andere gleichkommt. Die amerikanische Luftwaffe vertraut heute darauf, daß ihre Luft-Atommacht China oder Rußland, oder beide, zur Kapitulation zwingen könnte. Doch kann dieser gewaltige Vorteil illusorisch sein. Wir wissen, daß Rußland atomische Waffen besitzt. Vorläufig haben die Russen keine großen Mengen solcher Waffen. Auch besitzen sie Langstreckenbombengeschwader nicht in großer Zahl. Sie sind aber daran, dies nachzuholen. Auch wenn sie die Macht der USA nie erreichen werden, können sie ihr viel näher kommen als heute, so nahe, daß sie vielleicht der Versuchung unterliegen könnten, den Vorteil eines Überraschungsangriffes auszunützen. Diese annähernd gleich starke Macht könnte vielleicht um 1960 herum erreicht sein. Dies ist ein Grund für die Auffassung, daß, sofern es zwischen Ost und West zum Krieg kommen sollte, es für den Westen vorteilhafter wäre, jetzt loszuschlagen als in 5, 8 oder 10 Jahren. Soll dies nun heißen, daß gewisse Kreise in Washington einen Präventivkrieg anstreben? Nicht ganz. Es heißt ganz einfach, daß viele höchste Regierungsstellen es satt haben, sich mit halben Maßnahmen zufriedenzugeben, daß sie keine Geduld mehr haben mit den übervorsichtigen Verbündeten und von den Konferenzen mit den Kommunisten angewidert sind, welche nur zu Propagandazwecken mißbraucht werden. Sie sind willens, eine kühnere Politik zu riskieren. Blasen die Kommunisten daraufhin zum Rückzug, schön und gut. Tun sie es nicht, und entsteht daraus Krieg, dann stellt sich diese Gruppe auf den Standpunkt: wir werden nie besser vorbereitet sein als jetzt.

Die Lage in Südostasien kann aber auch bloß zu einer noch viele Monate dauernden Krise führen. Die Schwäche der Franzosen, der anglo-amerikanische Streit und eine politische Niederlage Eisenhowers bei den diesjährigen Kongresswahlen (die gar nicht unwahrscheinlich ist) könnten zu einer langsamen, aber stetigen Verschlechterung der Lage führen, ohne daß es zu offenen feindlichen Handlungen zu kommen braucht.

Der Weg, der zu einer möglichen Lösung auf weite Sicht führt, über den aber niemand zu diskutieren scheint, führt zu einer totalen Neuorganisation der amerikanischen Einstellung und Ziele hinsichtlich Asiens. Washington redet immer davon, es wolle nicht für den «Kolonialismus» kämpfen, es hat aber bis jetzt in dieser Beziehung noch nichts unternommen. Amerika hat den verwirrten, kämpfenden Nationalisten der zurückgebliebenen Länder bisher noch nie eine aufmunternde, überzeugende Botschaft der Freiheit zukommen lassen. Den wirksamen Gebrauch einer politischen Idee — eine mächtige Waffe unserer Zeit, wie

die Sowjets uns dies gezeigt haben — muß Washington erst noch lernen, wie übrigens alle freien Völker.

#### *Die Sondermission Van Fleet*

Mittlerweile wird die amerikanische Politik in anderen Gebieten Asiens überprüft. Eine Sondermission unter General Van Fleet befindet sich mitten in einer längeren Untersuchung, deren Ergebnis die Entwicklung der amerikanischen Auffassung beträchtlich beeinflussen könnte. Unter den zu überprüfenden Fragen sind zu nennen:

Größe und Umfang der amerikanischen Streitkräfte in Korea. Es wäre nicht erstaunlich, wenn diese in den nächsten 6 oder 8 Monaten erheblich reduziert würden. — Aufrüstung Japans: Man darf erwarten, daß Washington auf zunehmende militärische Aktivierung der Japaner drängt. — Formosa: Die Tatsache, daß Tschiang Kai-sheks Armee sich nicht verjüngen kann, weil sie nicht genug junge Rekruten erhält, verursacht in Washington Kopfzerbrechen. Wozu das schließlich führen wird, kann niemand voraussagen. — Philippinen: Da eine starke pro-amerikanische Regierung am Ruder ist, darf man erwarten, daß den Verteidigungsbestrebungen ein neues Gewicht zukommen wird. Die amerikanischen Luft- und Seestützpunkte auf den Inseln sollen verstärkt werden.

Zur Frage des Durcheinanders in Asien kann mit Bestimmtheit nur gesagt werden, daß es nicht sobald aufhören wird. Bevor es so oder so aufhört, werden seine Auswirkungen auf die freie Welt wahrscheinlich gewaltig sein.

*Richard J. Davis*

## Aus neuen Wirtschafts-Zeitschriften

Die «Schweizer Monatshefte» haben in ihrer Januarausgabe 1954 aus der Feder des Verfassers der vorliegenden Abhandlung ein Referat über den Inhalt verschiedener Wirtschafts-Zeitschriften aus dem vergangenen Jahre gebracht. Es lohnt die Mühe, ebenso für das erste Halbjahr 1954 einen solchen Abriß zu geben; denn die wirtschaftliche Lage von heute mit ihrem raschen Wechsel, wie er sich in den ökonomischen Publikationsorganen widerspiegelt, ist in ihrer Gesamtheit und Vielfältigkeit auch von Eingeweihten ohne Kommentar nur mit Mühe zu verfolgen. Bei einem solcherart erneuten Streifzug durch die erreichbare Wirtschafts-Literatur möge es gestattet sein, mit Rücksicht auf den hier zur Verfügung stehenden Raum diejenigen Zeitschriften mehr summarisch zu besprechen, die bereits den Gegenstand der erwähnten Untersuchung gebildet haben, den Blättern indes eine verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken, die neu in den Kreis der Betrachtung getreten sind. Von ihnen nennen wir: den *Economist*, jene bekannte britische Wochenschrift im Londoner Eigenverlage. Ihre Studien beschränken sich keineswegs auf rein britische Belange; sie ergreifen vielmehr ebenso wirtschaftliche Probleme der ganzen Welt und lassen auch die allgemein-politischen Aspekte nicht außer acht. Recht vielseitig ist weiterhin *La Suisse Horlogère*, eine Wochenzeitung der Schweizer Uhrenindustrie, die in La Chaux-de-Fonds erscheint; auch sie unterrichtet ihre Leser nicht nur über die in das Fach des Uhrmachers schlagenden, sondern auch über aktuelle politische Fragen, wie sie für die Fabrikanten in Produktion und Export Gewicht besitzen. Die *Schweizerische Arbeitgeber-Zeitung* wird vom Zentralverband schweiz. Arbeitgeber-Organisationen, ebenfalls mit wöchentlicher Folge, in Zürich herausgebracht, führt einen Teil in französischer Sprache und hat Probleme des Arbeitsverhältnisses daheim und draußen zum

Gegenstand. Von Hamburg aus läßt das dortige Welt-Wirtschafts-Archiv als Monatsschrift den *Wirtschaftsdienst* im Verlage Weltarchiv GmbH. erscheinen. Sein Feld ist die Welt der Wirtschaft; Handels-, Konjunktur- und Rohstoffpolitik stehen bei ihm, auch für seine englische Ausgabe, im Vordergrund. Endlich ist die Schweizer Handelskammer in Italien von ihrem Mailänder Sitz aus in Verbindung mit dem Schweizer Büro für wirtschaftliche Entfaltung in Zürich und Lausanne verantwortlich für *La Svizzera Industriale e Commerciale*, die in italienischer, französischer, deutscher, englischer und spanischer Sprache dreimal im Jahr Schweizer Wirtschafts- und Industriefragen, technische Probleme und Fremdenverkehrsangelegenheiten der Schweiz ihren ausländischen Geschäftsfreunden nahebringt.

Beginnen wir also die Berichterstattung mit den bereits früher behandelten Zeitschriften. In der *Außenwirtschaft* stechen neben den periodisch wiederkehrenden und stets mit Gewinn zu studierenden *Betrachtungen zur Außenwirtschaftspolitik* der Professoren Dr. *Bachmann* und Dr. *Boßhardt* sowie von Dr. *Lütolf* im Heft IV vom Dezember 1953 eine Institutsuntersuchung über die *ökonomischen Auswirkungen der politischen Spaltung Europas* und im Heft III vom September gleichen Jahres ein Artikel des Harvard-Professors Dr. h. c. *Gottfried Haberler* über die *Konjunkturaussichten in den Vereinigten Staaten* hervor. Haberler kommt zu dem Ergebnis, daß ein Beschäftigungsrückschlag in Amerika mit Sicherheit zu erwarten ist, daß aber eine katastrophale Depression nach Art jener aus den Dreißigerjahren als ausgeschlossen gelten kann. Da die Handelsbeziehungen zwischen West und Ost heute zum Angelpunkt in der internationalen Politik geworden sind, ist auch die vorher zitierte Untersuchung des St. Galler Institutes besonders aktuell. Welch schwerwiegende Wirkungen die Aufspaltung unseres Erdteils auf seine Ökonomie zeitigt, dafür gibt das Institut eine Menge von statistischen Unterlagen, deren Gewicht man schon erkennt, wenn man nur die Prozentziffern geographischer Verteilung des westeuropäischen Außenhandels mit Osteuropa, einschließlich der Sowjetunion (1938 9,6% in der Ein- und 9,8% in der Ausfuhr, 1951 entsprechend 4,8 und 4,7%, also mehr als eine Halbierung) auf sich wirken läßt. Eine wertvolle Ergänzung erfährt die Untersuchung durch einen Artikel: *Der deutsche Handel mit dem Osten* im *Economist* vom 17. 4. 1954 — insofern sei dem zweiten Teil unseres Referates vorgegriffen —; hier zeigt die britische Zeitschrift, daß der deutsche Handel mit dem Ostblock im Durchschnitt von 1930 bis 1934 13,4% des Gesamtimports und 14,4% des -exports betrug, 1953 dagegen bis auf 1,75% in der Ein- und 1,2% in der Ausfuhr zusammengebrochen war. Eine gleich ungünstige Parallele weist nur der japanische Warenaustausch mit China auf.

In der *Revue Economique Franco-Suisse* sind uns Aufsätze von *Charles Kuntschen* über *aktuelle Probleme der Schweizer Wirtschaft* (Lebenskosten und Löhne, Finanzierung der Ausfuhr, Fragen des Arbeitsmarktes, neue Sorgen der Uhrenindustrie, die Schweiz und die Europäische Zahlungsunion) und von *Jean de Senarclens* mit dem Titel: *Die Schweiz und der Außenhandel Frankreichs* (notwendiger Ausbau des französischen Außenhandels, Wolken über der französisch-schweizerischen Freundschaft?, die Mittel zur Verbesserung der Lage, der Stichtag des 1. März für den Bericht der Pariser Regierung über ihre Liberalisierungsabsichten an die OEEC) in Heft 2/1954, sowie von *Agostino Soldati*, dem Schweizer Legationsrat bei der OEEC in Paris, über *neue Versuche der europäischen Zusammenarbeit* (Schwächen und Lücken im Liberalisierungssystem) in Heft 3/1954, als bemerkenswert aufgefallen.

In Nummer 6 der Frankfurter *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* vom 15. 3. 1954 verbreitet sich Dr. *Paul Stocker*, Bern, über *das doppelte Gesicht des schweizerischen Kapitalexports*, der sich zwangsläufig aus der in Europa beliebten Handelspolitik der Exportförderung unter gleichzeitiger Importdrosselung ergibt, und dessen Rücktransfer auf schwer überwindbare Hindernisse stoßen muß; hier

könne nur die Konvertierbarkeit der Währungen eine Lösung bringen. Den zu dieser *Konvertierbarkeit* hin einzuschlagenden Weg, ob *ein- oder zweiseitig* (je nachdem die Eintauschbarkeit der nationalen Währungen für Devisen-Inländer oder -Ausländer statuiert wird), prüft der Vorsitzende des EZU-Direktoriums Dr. v. Mangoldt in Heft 2 der gleichen Zeitschrift vom 15. 1. 1954. In dieser Nummer begegnet man auch neben vielem anderen einer instruktiven Studie von Dr. Peter Scherrer aus Basel über *die Aktien in der Schweiz* und die mit den Zeitumständen veränderte Haltung der Kapitalisten ihr gegenüber. In Heft 3 vom 1. 2. 1954 ist schließlich ein Aufsatz aus der Feder von Professor *Wilhelm Röpke: Der Kampf gegen den Inflationismus* erschienen, der ein Werk des bekannten Nationalökonom Ludw. v. Mises aus dem Jahre 1911: *Theorie des Geldes und der Umlaufmittel* anlässlich einer amerikanischen Neuauflage 1953 in der dem Leser der «Schweizer Monatshefte» bereits aus Heft 10 bekannten zustimmenden Weise bespricht<sup>1)</sup>. Röpke fügt seiner kritischen Betrachtung in der Frankfurter Zeitschrift ein Schlußkapitel über die Wechselwirkung zwischen De- und Inflation an.

Die Zeitschriften, die sich mit Steuerfragen beschäftigen: die *Steuer-Revue* (Cosmos-Verlag, Bern) in wissenschaftlicher Aufmachung, und die mehr volkstümlich gehaltenen, nämlich *Der Steuerbatzen*, in Zürich, und *Der Steuerzahler*, in Bad Wörishofen, sind angefüllt mit den in diesem Jahre zur Reform drängenden Steuer- und Finanzproblemen. Die Belastungsfähigkeit des Steuerpflichtigen und Sparvorschläge für die öffentliche Hand stehen dabei im Vordergrund der Betrachtungen.

Schenken wir nunmehr, wie geplant, unsere Aufmerksamkeit den im Referat vom Januar noch nicht berücksichtigten Wirtschafts-Zeitschriften. Symptomatisch für die Vielseitigkeit und die auch bis in die politische Sphäre reichende Unterrichtung des *Economist* scheinen uns, ganz abgesehen von dem reichen sonstigen Inhalt der renommierten Zeitschrift, redaktionelle Artikel, wie: *Von Berlin zu Genf* in der Ausgabe vom 27. 2., *das Gesicht Chinas* vom 20. 3. oder *eine Nato für Südostasien?* vom 17. 4. 1954 zu sein. Rein wirtschaftlich werden auch Arbeiten wie *Europas Währungs-Wirrwarr* am gleichen 17. April, *Rußlands Kampf um Brot* am 20. März und *Arabien Wohlstand entstammt dem Erdöl* am 27. Februar 1954, eine aufgeschlossene Leserschaft finden. Aus dieser letzten Abhandlung sei hier als instruktiv nur *eine Ziffernzusammenstellung* wiedergegeben: Zahlungen der Ölgesellschaften an die örtlichen Regierungen (in Pfund-Sterling)

Jahr	Bahrain	Irak	Iran	Kuwait	Quatar	Saudisch Arabien
1940	1,0	8,1	16,0	—	—	1,5
1950	3,3	14,8	44,9	12,4	1,0	112,0
1951	3,8	38,5	23,3	30,0	3,8	158,0
1952	6,3	110,0	— <sup>2)</sup>	139,0	9,0	160,0

Es ist bemerkenswert, daß der «*Economist*» in diesem Aufsatz den Irak als *das* arabische Land anspricht, das mit seiner nach demokratischen Grundsätzen gebildeten Regierung am ehesten die Zuwendungen aus dem Ölgeschäft für eine Verbesserung in Lebensstand und -gewohnheiten seiner Bevölkerung und nicht wie sonst in Arabien allein zum Vorteil der herrschenden Klasse zu nutzen versteht.

Ähnlich dem «*Economist*» hat auch, wie schon angedeutet, *La Suisse Horlogère* ihre Spalten neben den ökonomischen Angelegenheiten der politischen Information ihrer Bezieher erschlossen. So vermag man in ihrer Nr. 15 vom 15. 4.

<sup>1)</sup> Januar 1954, S. 577, Wilhelm Röpke: Geldtheorie und Währungspolitik.

<sup>2)</sup> Ölkonflikt.

1954 mit Nutzen einen redaktionellen Beitrag unter dem Titel: *Friede durch die Schrecken des Krieges?* zur Kenntnis zu nehmen; in ihm spricht sein Autor die Hoffnung aus, daß die Furcht vor den apokalyptischen Verwüstungen in einem Krieg mit Atomwaffen die Regierungen zu einer Verständigung über das Verbot einer Anwendung solcher Kampfmittel veranlassen wird. In Nr. 17 der Zeitschrift vom 29. 4. 1954 wird der Leser über die zu diesem Zeitpunkt unmittelbar bevorstehende Asienkonferenz von Genf und ihre Ziele unterrichtet. Aus dem wirtschaftlichen Bereich sollte man in Nr. 14 vom 8. 4. des Jahres einen Artikel über den *Weg zur Konvertibilität des Geldes* beachten. Der Verfasser vermerkt in ihm mit Genugtuung die einer Austauschbarkeit günstigen Erklärungen des westdeutschen Wirtschaftsministers Erhard und des britischen Schatzkanzlers Butler; er notiert mit Befriedigung die Bereitschaft der holländischen Regierung zur Konvertibilität, die in dieselbe Richtung weisende Anleihe des Weltwährungsfonds an Chile für die Austauschbarkeit des «Sol» und die Verlautbarungen des amerikanischen Präsidenten zum gleichen Thema. Trotz dieser vielversprechenden Vorzeichen verhehlt die Zeitschrift sich allerdings die Schwierigkeiten nicht, die auf dem Wege zur Konvertibilität des Geldes noch zu überwinden sind.

In Nr. 15/16 der *Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung* vom 9. 4. lesen wir gerne einen Artikel über die *Durchsetzbarkeit der Gesamtarbeitsverträge*. Im Gegensatz zu dem Zweifel in die Realisierbarkeit, wie ihn der Bundesrat im Entwurf zu einem neuen Gesetz ausspricht, vertritt hier der Autor Dr. L. Derron die Meinung, daß das Schweizerische Obligationenrecht zur Sicherung des Vertragswerkes eines Gesamtarbeitsvertrages ausreichend sei. In der gleichen Ausgabe bespricht der französische Teil der Zeitschrift das Ergebnis einer amerikanischen Untersuchung über die Kopfquote der industriellen Produktion in einigen Staaten. Der Wert der amerikanischen Industrieerzeugung belief sich 1950 auf mehr als das Doppelte derjenigen in Großbritannien und Schweden und übertraf die norwegische, dänische und deutsche sogar um das Drei- bis Vierfache. Das Heft Nr. 14 vom 2. 4. 1954 läßt mit seinem Brief aus Belgien und einem Bericht aus Schweden erkennen, daß die Redaktion mit Erfolg bestrebt ist, auch über die Arbeitsprobleme des Auslandes Informationen zu geben.

In Heft 3 des Hamburger *Wirtschaftsdienstes* vom März 1954 finden wir einen Artikel des St. Galler Professors Dr. Emil Küng über *das Problem der Armut in den rückständigen Gebieten*<sup>3)</sup>. Als Ergänzung hierzu kann eine Betrachtung von Richard Berger im gleichen Heft des *Wirtschaftsdienstes* über *die Ergebnisse und Aussichten des Punkt-Vier-Programms* dienen, die er in der Tätigkeit der zu seiner Durchführung etablierten «Technical Cooperation Administration (TCA)» für zukunfts voll anspricht. Weiter verbreitet sich hier Dr. H. Berlitzer, Paris, über die *Weltkonjunktur auf lange Sicht*; er hält sie nur bei vorsichtiger Verwendung der Rohstoffvorräte auf ihrem heutigen Stand für gesichert. Dr. Guenther R. Gruber, Washington, widmet sich *der neuen Rohstoffpolitik der USA*; sie wird nach seinem Urteil von dem Streben nach Entwicklung der eigenen Bergbauwirtschaft beherrscht.

Schließlich bringt das erste Heft 1954 der *Svizzera Industriale e Commerciale* vom März neben dem üblichen technischen und verkehrswirtschaftlichen Teil eine Arbeit ihres Chefredaktors Dr. Oscar Humm über *die Europäische Zahlungsunion*. Diese, deren Geltung inzwischen um ein weiteres Jahr verlängert worden ist, beschäftigt, wie wir gesehen haben, in hohem Maße die europäischen Geister, weil sie eines der wenigen Instrumente für die Integration unseres Erdteils und den wertvollsten Vorläufer zur Verwirklichung der Währungs-Konvertierbarkeit bildet.

Hans Posse

<sup>3)</sup> Vgl. «Stimmen der Weltpresse» in diesem Heft. *Schriftleitung*.